

Gegen den Krieg! Für den Sozialismus? Arbeiterbewegung und linke Intellektuelle gegen den Ersten Weltkrieg – aber für welche Alternative?

Konferenz Helle Panke – Rosa Luxemburg-Stiftung Berlin e.V.,
10. Mai 2016

Vor einhundert Jahren, 1916, begann mit der 1. Mai-Kundgebung auf dem Potsdamer Platz in Berlin, der Verhaftung Karl Liebknechts und den folgenden politischen Streiks die gärende Unzufriedenheit mit dem Krieg in der Arbeiterbewegung offen auszubrechen. Gleichzeitig ging die Formierung einer linken politischen Opposition gegen die Kriegspolitik der Regierung und den Burgfrieden der SPD in eine neue Phase. Auch wenn viel zur politischen Auseinandersetzung mit dem Ersten Weltkrieg geleistet worden ist sollte dieser zentrale Zusammenhang auf dem Weg zu den Revolutionen von 1917 und 1918 noch einmal nachdrücklich in den Mittelpunkt gerückt werden.

Denn Antikriegspolitik ist nicht zuletzt zentral für linke Politik in der Gegenwart. Aber es stellt sich die Frage, wie weit Antikriegspolitik auch Politik für die Überwindung der kapitalistischen Ordnung sein musste (und muss). Daran schied sich nicht nur zwischen 1914 und 1918 die Geister. Revolution als Ausweg: Gegen die eigene Regierung – so die Antwort der radikalen Linke um Liebknecht und Luxemburg, erst recht der russischen Bolschewiki. Die Chance des Kriegs nutzen für eine Demokratisierung des Kaiserreiches und den staatstragenden Weg in eine bessere Gesellschaft – so die Hoffnung der Mehrheitssozialdemokraten. Diesem Konflikt, seinen subjektiven, aber vor allem objektiven Bedingungen suchte diese Konferenz mit ca. 35 Teilnehmenden nachzugehen.

Es ging um zentralen Lehren jenes ersten Großen Krieges, der ausgelöst wurde trotz einer klaren Antikriegsposition der europäischen Linken, trotz hochtrabender Beschlüsse etwa in Stuttgart und Berlin. Die Sozialdemokratie versprach, alles zu unternehmen, um den Krieg zu verhindern. Die Realität ist bekannt. Zwar wurden die Friedensschwüre noch Stunden vor den ersten Kriegshandlungen in Berlin und Paris wiederholt, trafen sich dort linke Parteiführer. Aber rasch sahen loyale und staatstragende Sozialdemokraten – bis auf die russische Partei – ein, dass die wie auch immer manipulierten Argumentationen ihrer Regierungen auch linkes Handeln zu bestimmen hätten: Vaterlandsverteidigung, in Deutschland unter des Kaisers Wort, das er noch Deutsche kenne, und keine Parteien mehr. Allerdings, so übermächtig dieses Umschwenken auf die Linie von Großbourgeoisie und Großgrundbesitzer, von Politik und Militär war, so hartnäckig widerstanden Teile der Linken dieser Versuchung, Anerkennung von der falschen Seite zu bekommen und freudigen Herzens ihr Leben auf dem Altar des Vaterlandes in den Schützengräben zu opfern.

Die Referentinnen und Referenten wandten sich unterschiedlichen Fragestellungen zu, die in der Gesamtschau allerdings ein durchaus aussagefähiges Mosaik

unter der gewählten Themenstellung der Konferenz ergaben. *Stefan Bollinger (Berlin)* suchte in seinen Überlegungen einen übergreifenden Blick zu eröffnen, der ausgehend von Zimmerwald und Kiental zu den Notwendigkeiten einer revolutionären Lösung der Frage Krieg oder Frieden führen konnte. Ein konsequenter Zusammenschluss dieser radikalen Linken war für ihn die einzige erfolgversprechende Strategie, die sich von der abwartend, angepassten Linie auch inzwischen nachdenklich gewordener Sozialdemokraten etwa in der deutschen SPD abhob, die aber nur die Spaltung der Partei in Kaufnahmen und letztlich vor der letzten Konsequenz zurückschreckten. *Ralf Hoffrogge (Berlin)* entwickelte ausgehend von seinen gründlichen Studien zur Biografie von Werner Scholem eine Auseinandersetzung um die Kriegserinnerungen dieses jüdischen Kommunisten und des kriegsbegeisterten Konservativen Ernst Jünger. Dabei zeigte er den scharfen Kontrast von Kriegsverherrlichung und strikter Antikriegsausrichtung, aber auch die unerwartet gemeinsamen Elemente, die mit ihrer Gewalterfahrung und ihrem „Fronterlebnis“ verknüpft waren. Diese führten sie letztlich in gegnerisch politische Lager.

Zu den anregendsten Beiträgen gehörte der von *Marcel Bois (Hamburg)*, der über Netzwerke der deutschen Linken während des Ersten Weltkriegs referierte. Mit den Verweis auf den methodischen Ansatz der Netzwerk-Theorie arbeitete er an drei Beispielen heraus, wie unterschiedliche linke, friedensorientierte künstlerische und politische Milieus zur Formierung einer Antikriegsbewegung beitrugen. Bei ihnen handelte es sich teils um Freundschaftsgeflechte, teils um rein politische Zusammenhänge. Sie unterschieden sich von Organisationen und Parteien vor allem dadurch, dass sie informell aufgebaut waren. Es gab keine offizielle Mitgliedschaft, kein Organisationsstatut und keine gewählte Führung. Dennoch agierten diese Zusammenhänge durchaus im politischen Feld, wie Bois erklärte. Er exemplifizierte dies an dem „Eisbrecher“-Kreis, einem linken Netzwerk in der (Berliner) SPD; dem Kreis um die von Franz Pfemfert aufgebaute Antikriegszeitung „Aktion“ und dem Netzwerk in der Marine, das die Matrosenbewegung von 1917 initiierte und den gescheiterten Flottenaufstand vom Juli 1917 vorbereitet hatte.

Marga Voigt (Berlin) stellte in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen die Berner Friedenskonferenz der Sozialistinnen gegen den Krieg und die aktive Rolle Clara Zetkins in diesem Ringen. Voigt spitzte zu: „Die Geschichte der Berner Friedenskonferenz der Sozialistinnen ist mindestens so spannend, wie die Geschichte der Sozialisten-Internationalisten in Zimmerwald, Kiental und Stockholm. Sie gehört ausführlich erzählt: Wer sagt, dass Leidenschaft nur eine emotionale Seite hat. Hat sie nicht ebenso eine geistige, ethische und sittliche Seite? Sind Leidenschaft wie Wissenschaft nicht beide gleichermaßen unentbehrlich für gesellschaftlichen Zusammenhalt? Wenn auseinander driftet, was zusammengehört? – Mann und Frau, Heim und Straße, Stadt und Land, die Güter, Geschichten und Kulturen der Welt?“ In eine ähnliche Richtung argumentierte *Gisela Notz (Berlin)*. Sie erinnerte an die handlungsorientierte Rolle von Frauen gegen den Krieg, als Betroffene und politisch bewusste Persönlichkeiten. Linke Frauen gegen den Krieg – und für eine sozialistische Gesellschaft wurden von ihr an den Beispielen *unterschiedlicher* Frauenpersönlichkeiten in der Linken exemplifi-

ziert. Dabei zeigte sie, dass viele dieser Proteste gegen den Krieg aus frauenspezifischen Situationen heraus sich entwickelten und erst in der Konsequenz politisch wurden. Viele Frauen fanden den Weg in die Antikriegsparteien der Linken jenseits der MSPD. Trotzdem hatte die Spaltung der Linken Konsequenzen. Nach dem Krieg war die sozialistische Frauenbewegung trotz des errungenen Frauenwahlrechts schwächer und zerstrittener als vor 1914.

Einen Kontrapunkt zu Hoffrogges Ausführungen setzte *Julian Nordhues (Berlin)*, in dem er an kriegskritische Auseinandersetzung mit dem Ersten Weltkrieg – Themen und Motive erinnert. Erich Mühsam, Theodor Wolff, Karl Kraus und seine „Fackel“, Alfred Hermann Fried entwickelten eine pazifistische Kritik am Krieg, die bis weit in die Weimarer Republik hinwirkte.

Diese Konferenz war Bestandteil einer ganzen Reihe von Veranstaltungen im 25. Jahr der *Hellen Panke – RLS Berlin*, einer Geburt linken kritischen Geistes in den Zeiten der „Wende“ und der Suche nach neuen Diskussions- und Arbeitsmöglichkeiten für linke Intellektuelle zunächst aus dem untergehenden DDR-Milieu, alsbald aber von Linken aus Ost und West in der deutschen Hauptstadt. Fast 10.000 Veranstaltungsbesucher Jahr für Jahr, inzwischen 144 *hefte zur ddr-geschichte*, 202 *Hefte Pankower Vorträge*, 41 Hefte der Reihe *Philosophische Gespräche* und viele andere Publikationen, sind längst trotz oder gerade wegen ihres Charakters als „graue Literatur“ zu wissenschaftlichen Geheimtipps in ganz Deutschland und jenseits der Grenzen geworden.

Stefan Bollinger

Digitale Revolution und soziale Verhältnisse im 21. Jahrhundert

Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, 4. Juni 2016, Leipzig

Dritte oder vierte Industrielle Revolution, digitale Revolution oder Industrie 4.0: All diese Kennzeichnungen der Umbrüche im System der produktiven Kräfte reflektieren, dass sich fundamentale Veränderungen in den Produktions- und Lebenswelten vollziehen. Was ist das Bestimmende an diesen Veränderungen? Was bedeuten sie für die sozialen Verhältnisse? Ist diese Umwälzung im Kapitalismus beherrschbar oder braucht es dafür eine neue Wirtschaftsordnung? Muss die Frage vielleicht anders gestellt werden: Welche Produktivkräfte braucht der sozial-ökologische Fortschritt? Diese Frage nach der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts war Gegenstand der auch für eine Publikation vorgesehenen Beiträge dieses Kolloquiums, die von den etwa vierzig Teilnehmern interessiert und sachkundig diskutiert wurden.

In seiner Einführung stellte der *Autor dieses Berichts* die Thematik des Kolloquiums in den Kontext der seit einigen Jahren erneut aufgebrochenen Diskus-

sion über das Schicksal des Kapitalismus und gab einen Überblick über die dazu vertretenen Meinungen. Sie reichten von einem grenzenlosen Optimismus bis zu der Auffassung, die Welt erlebe gerade, wie sich mit der digitalen Revolution zugleich der Kollaps des Systems vollziehe.

Als erster geladener Referent sprach *Thomas Kuczynski* (Wirtschaftshistoriker, Berlin) über die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in der Geschichte. Die auf Marx fußende wirtschaftshistorische Analyse zeige, dass die kapitalistischen Produktionsverhältnisse vor der industriellen Revolution stets reversibel waren. Erst durch diese, mit der Produktion des relativen Mehrwerts, erhielten sie ihre technologische Basis; in ihr wurden die spezifisch-kapitalistischen Produktivkräfte geschaffen. Davon ausgehend zeigte *Kuczynski*, warum die in Osteuropa vorhandenen sozialistischen Produktionsverhältnisse noch keine spezifisch sozialistischen waren und sich demzufolge als reversibel erwiesen. Eine Prognose hinsichtlich der Bewältigung der gegenwärtigen technologischen Revolution im Kapitalismus sei kaum möglich. Einerseits habe dieses System eine erstaunliche Wandlungsfähigkeit bewiesen, andererseits seien selbst Revolutionäre vom plötzlichen Zusammenbruch politischer Systeme überrascht worden.

Nach *Stefan Meretz* (Commons-Netzwerk und Keimform-Blog) erzwingen der Commons-Ansatz eine Reflexion ehern geglaubter marxistischer Grundsätze. Dazu gehöre das Verhältnis von Produktivkräften und Gesellschaftsform, von Produktion und Reproduktion, von Reform und Revolution. Traditionell würden die Produktionsverhältnisse als resultierende gesellschaftliche Bewegungsform der Produktivkräfte angesehen. Dieses theoretische Ableitungsverhältnis habe sich als inadäquat erwiesen. Stattdessen sei die Produktionsweise als Ganze zu betrachten. Die Industrie 4.0 konstituiere commonistische Subjektivitäten im Widerspruch zwischen Selbstentfaltung und Selbstverwertung. Eine Aufhebung des Kapitalismus kann nur die Aufhebung der Sphärenspaltung von Ökonomie und Care sein. Commons und Peer-Produktion (beitragen statt tauschen) seien das theoretische und praktische Paradigma der Aufhebung des Kapitalismus.

Gerhard Banse, Präsident der Leibniz-Sozietät, sprach über Technikentwicklung und die Abschätzung und Bewertung ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen mittels Technikfolgenabschätzung bzw. Technikbewertung (TA). Sie sei gerichtet auf das Erfassen und Beurteilen beziehungsweise Bewerten der Einführungsbedingungen sowie der Nutzungs- und Folgedimensionen technischen Handelns unter gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen, ökologischen, technischen, wissenschaftlichen, militärischen und humanen (einschließlich ethischen) Aspekten. TA mache deutlich, dass Technik stets an Zwecke, Werte und vor allem Interessen rückgebunden ist und dass somit auch oder vor allem diese Zwecke, Werte und Interessen zu thematisieren, zu begründen und zu rechtfertigen sind.

Wolfgang F. Haug (Herausgeber des Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus, Esslingen, La Palma) betonte, jede technische Entwicklung müsse durch einen Selektionsfilter. Zwar gebe es einen urchinlichen Erkenntnisdrang, aber die Haupttriebkraften seien primär der Profit und die Konkurrenz. Es gehe um „Distanz-Technik“, um die Entwicklung einer Technik, um Kon-

kurrenten im Grad der Verwertung auf Abstand zu halten. Dies gelte auch für Digitalisierung und Netzwerktechnologien, deren Potenziale dadurch eine Perversion erführen. Sie bestehe darin, dass die Informationen, welche die Nutzer beabsichtigt oder unbeabsichtigt ins Netz einspeisen, der monopolisierte Rohstoff der Verwertungsmaschinerie der Netzwerkkonzerne seien. Diesen Rohstoff stellen die Nutzer kostenlos zur Verfügung, indem sie in die Falle einer scheinbaren „Umsonst-Ökonomie“ tappten. Tatsächlich gebe es nichts umsonst. Wir zahlten durch die Preisgabe persönlicher Informationen, mit denen im Netz eine Art „Zwilling“ unserer selbst geschaffen werde und aus dessen Aneignung sich die Macht der Internetkonzerne speise.

Dieser Gedanke wurde von *Thomas Wagner* (Journalist, Autor von „Robokratie“) vertieft, der über die Ziele und Ideologien sprach, die hinter der Erklärung des „Menschen als Auslaufmodell“ stehe. Sponsoren dieser Ideen seien die Konzerne der Superreichen und Supermilliardäre aus dem Silicon Valley, die Markt und Demokratie als veraltete Technologien bezeichneten, weil nur Monopole in der Lage seien, die neuen globalen Technologien zu schaffen. Die Arbeit an der künstlichen Intelligenz solle auf die „technologische Singularität“ zusteuern. Ab jenem Zeitpunkt verbessern sich die Maschinen selbst und überholen den Menschen in seiner Kreativität und seinen demokratischen Vorstellungen. Gegen diese Allmachtphantasien in und im Umfeld der großen Netzwerkmonopole sollten, so *Wagner*, die Linken und Progressiven eine Strategie zur Rückgewinnung des öffentlichen Raums stellen. Die 1968er Losung „Enteignet Springer“ müsse heute lauten „Enteignet Google“.

Der Beitrag von *Gisela Notz* (Sozialwissenschaftlerin, Berlin) titelte „Alternatives Wirtschaften im Kontext der modernen Produktivkraftentwicklung“. Früh hätten sich real-utopische Modelle entwickelt, nach denen nicht nur die Arbeiten in der Industrie, sondern auch die Haus- und Sorgearbeiten alternativ zum kapitalistischen System gestaltet werden sollten. *Notz* sprach dann vor allem über die Geschichte der Genossenschaftsbewegung, die eng mit der industriellen Entwicklung des 19. Jahrhunderts verbunden war, deren Ideen sich aber auch auf den Kontext einer Industrie 4.0 anwenden ließen.

Aus den in der Diskussion vorgetragenen Standpunkten und Fragen sollen zwei hervorgehoben werden. Offen sei geblieben, was die digitale Revolution für den Charakter der Lohnarbeit bedeute, welche Stellung das neue „digitale Proletariat“ einnehme und was das für die Klassenverhältnisse und Klassenkämpfe bedeute. Gegenwärtig gebe es viele „Fronten“ der sozialen Auseinandersetzung; damit ihre Akteure zusammenfinden, müsse die Linke lernen, Brücken zu schlagen, und dabei ein eigenes Profil entwickeln. Die Orientierung auf die Commons sei dafür zu eng, andere Perspektiven zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse kämen dabei zu kurz und wären in den Referaten insgesamt zu wenig angesprochen worden. Der Wandel der Produktivkräfte und der sozialen Verhältnisse würde zwar reflektiert und interpretiert, es käme aber auf ihre Veränderung und dessen Subjekte an.

Jürgen Leibiger